

Vorlage Nr. I 18/2022		
für die Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen

A Problem

Mit der Vorlage I 60/2021 erfolgte im November 2021 der letzte Sachstandsbericht zur Feuer- und Rettungswache Überseehafen (FRW Ü). Berichtet wurde zum Sachstand der Bauleitplanung, zum Sachstand der Kostenschätzung sowie der abgestimmten anteiligen Finanzierung durch die Senatorin für Wissenschaft und Häfen und zum Sachstand der Anpassung des Vertrages zur Sicherstellung des Brandschutzes, der Hilfeleistung und des Katastrophenschutzes im stadtbremischen Überseehafengebiet. Das Dezernat I wurde gebeten, auf den folgenden Sitzungen des Ausschusses zum Fortgang des Projektes aktuell zu berichten.

B Lösung

Der Planfeststellungsbeschluss zur Überarbeitung des Bebauungsplans für das Realisierungsgebiet des Neubaus wurde durch die städtische Deputation für Mobilität, Bau und Stadtentwicklung im November 2021 einstimmig gefasst. Die bauleitplanerischen Leistungen für die Änderung des Flächennutzungsplanes und Aufstellung des Bebauungsplanes 2542 werden von der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS) an ein externes Planungsbüro vergeben. Die Projektleitung für die Vorbereitung der Ausschreibung, die Zusammenstellung der notwendigen Unterlagen und die Vorabstimmung mit den am Verfahren beteiligten Stellen wurde durch die Stadt Bremerhaven an bremenports vergeben. Die vorbereitenden Maßnahmen und die Abstimmungen als Grundlage für die Ausschreibung sind weitestgehend abgeschlossen.

Notwendig für die Bauleitplanung sind nach Vorgabe SKUMS weiterhin detaillierte Planungen für den Hochbau der Feuer- und Rettungswache. Empfohlen wurde seitens SKUMS die Durchführung eines Architektenwettbewerbes für den Hochbau. Das bei dem vorliegenden Auftragsvolumen erforderliche Verfahren gemäß Vergabeverordnung wird aktuell vorbereitet und durch die Stadt Bremerhaven kurzfristig ausgelobt. Mit der Verfahrensbetreuung und Durchführung wird ebenfalls ein externes Planungsbüro beauftragt.

Nach aktueller Zeitplanung ist mit den Ergebnissen des Architektenwettbewerbes frühestens im 3. Quartal 2022 zu rechnen, der genaue Umfang des anschließenden Bauleitplanverfahrens kann zum jetzigen Zeitpunkt nur grob geschätzt werden. Der Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan wird voraussichtlich bis Ende 2023 gefasst werden.

Im Haushalt 2023 ist eine Verpflichtungsermächtigung von 9 Mio. € für den Anteil der Stadt Bremerhaven an dem Neubau der Feuerwache Nord veranschlagt. Die Höhe und die Dauer der Abfinanzierung stehen noch nicht fest. Beabsichtigt ist die anteilige Finanzierung des stadtbremischen Anteils von 37,5 % der Gesamtsumme zu einem noch zu vereinbarenden Termin durch direkte Zahlung an den zu beauftragenden Generalunternehmer für die Umsetzung des Neubaus.

Geplant ist derzeit die Vergabe des Auftrages als Generalunternehmer für die Erstellung der Feuer- und Rettungswache an Seestadt Immobilien oder der STÄGRUND nach Abschluss der vorbereitenden Maßnahmen in 2023.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Der Beschlussvorschlag hat zunächst keine personalwirtschaftlichen Auswirkungen. Finanzielle Auswirkungen sind derzeit in der Abstimmung und deshalb noch nicht bezifferbar. Anhaltspunkte für klimaschutzzielrelevante Auswirkungen oder eine Genderrelevanz bestehen nicht. Besondere Belange von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Menschen mit Behinderung oder des Sports sind nicht betroffen. Eine örtliche Betroffenheit insbesondere der nördlichen Stadtteile ist aufgrund der mit der Maßnahme verbundenen Verbesserung der Hilfsfristen für die nördlichen Stadtteile zu erwarten.

E Beteiligung/Abstimmung

Seestadt Immobilien, Stadtkämmerei.

F Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem BremIFG

Gegen eine Veröffentlichung nach dem BremIFG bestehen keine Bedenken.

G Beschlussvorschlag

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstand zur Kenntnis

Grantz
Oberbürgermeister